Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/714

Stellungnahme der Bayer AG zum Antrag der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag mit dem Titel *„Ausstiegsplan aus dem Einsatz von Glyphosat jetzt!“*

Ein Ausstieg der Verwendung des Wirkstoffs Glyphosat ist nach Ansicht der Bayer AG weder für die Umwelt noch für die Landwirtschaft als realistisch anzusehen. Das Unternehmen Bayer ist kein Hersteller von Glyphosat und kein Mitglied der sogenannten Glyphosat Task Force, die die jüngst in der EU erfolgte Wiederzulassung beantragt hatte. Wir vertrauen auf die wissenschaftlichen Bewertungsprozesse, die weltweit für die Beurteilung und Zulassung bzw. Zulassungsverlängerung von Pflanzenschutzmitteln üblich und bewährt sind.

Nach der jüngsten Entscheidung in der EU ist die Zulassung des Wirkstoffs Glyphosat um fünf Jahre verlängert worden. Die Begrenzung auf lediglich fünf Jahre, obwohl nach den Bestimmungen der EU-Verordnung 1107/2009 15 Jahre möglich gewesen wären, und üblich sind, war das Ergebnis einer nicht-wissenschaftlich geführten Kampagne von verschiedenen Interessengruppen. Statt eines Ausstiegsplans brauchen wir einen breiteren Ansatz, um Fragen einer möglichst effizienten Unkrautkontrolle in der Landwirtschaft zu diskutieren. Dazu zählen alle Maßnahmen des integrierten und nachhaltigen Pflanzenanbaus, z.B. Fragen der Fruchtfolge sowie biologische und mechanische Methoden, aber auch weitere Optimierungsmöglichkeiten durch den Einsatz digitaler Technologien in der Landwirtschaft.

Die zeitliche Beschränkung der Wiederzulassung auf fünf Jahre erfolgte, obwohl in dem gesetzlich genau festgelegten Genehmigungsverfahren alle zu beteiligten Behörden zu dem Schluss gekommen waren, das wissenschaftlich alle Voraussetzungen einer Wiederzulassung erfüllt sind. Die umfassenden Risikobewertungen der am Verfahren beteiligten Behörden (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Julius-Kühn-Institut (JKI), Umweltbundesamt (UBA), Bundesinstitut für Risikobewertung BfR), der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) unter Beteiligung aller zuständigen Behörden in den EU-Mitgliedsstaaten) und auch der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) belegen, dass vom Wirkstoff Glyphosat bei sachgerechter Anwendung keine unvertretbaren Risiken ausgehen.

Glyphosat ist seit über 40 Jahren im Einsatz. Es zählt auch deshalb zu den meistverwendeten Breitbandherbiziden weltweit, weil es einen hohen Nutzen bei gleichzeitig geringem Risiko aufweist. Es gibt derzeit keinen adäquaten Ersatz auf dem Markt.

Aufgrund der großen Bedeutung des Pflanzenschutzmittelwirkstoffes Glyphosat hätte ein Ausstieg erhebliche Konsequenzen für die landwirtschaftliche Produktion. Glyphosat-haltige Herbizide schützen viele verschiedene Nutzpflanzenkulturen vor einem Unkrautbefall. Sie werden überwiegend im Ackerbau verwendet, hauptsächlich vor der Aussaat (Vorsaat-/ Nacherntebehandlung) oder nach der Ernte (Stoppelanwendung). Die Felder werden auf diese Weise von Unkräutern befreit, bevor die nächste Aussaat von Feldfrüchten beginnt.

Glyphosat fördert klima- und bodenschonende Anbauverfahren

Wichtige Kulturpflanzenarten in Europa, etwa Mais und Zuckerrüben, werden durch den Einsatz von Glyphosat-haltigen Herbiziden heute überwiegend mit konservierender Bodenbearbeitung angebaut. Glyphosat-haltige Herbizide sind daher für viele Landwirte ein wichtiges Werkzeug, um Bodenerosionen auf ihren Feldern zu vermeiden, Energie einzusparen und die Emission von Treibhausgasen zu verringern. Insbesondere bei bodenschonenden und erosionsmindernden Anbauverfahren ist der Einsatz von Glyphosat nur schwer wegzudenken. Da Glyphosat fast alle Unkräuter wirksam entfernt, haben viele Landwirte die mechanische Unkrautbekämpfung durch Pflügen eingeschränkt oder verzichten ganz darauf (sogenannte konservierende Bodenbearbeitung). Stattdessen können viele Kulturpflanzen mit Hilfe von Mulch-/Direktsaatmaschinen direkt in die Stoppelfelder gesät werden, ohne die Böden vorher tief zu bearbeiten. Das Abtragen der Böden durch Wind und Regen wird so verringert, da die Böden durch die verbleibenden Pflanzenreste und die festere Bodenstruktur besser vor Erosion geschützt sind. Konservierende Bodenbearbeitung wird mittlerweile als ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Landwirtschaft in Europa gefördert. Denn ein Großteil der Kulturlandschaft in Europa ist bereits von Bodenerosion betroffen. In einigen Teilen Deutschlands sind sogar ein Viertel aller landwirtschaftlich nutzbaren Flächen durch Erosion geschädigt.

Pflügen kann die Bodenfruchtbarkeit auf lange Sicht reduzieren, da aufgelockerter Boden durch Wind oder Abschwemmung nach Regenfällen verloren geht. Die Bodenerosion auf gepflügten Feldern ist im Vergleich zu Flächen mit reduzierter Bodenbearbeitung ca. sechsmal höher. Bereits heute sind allein in Deutschland rund ein Viertel der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen von Bodenerosion betroffen. Durch das Pflügen wird zudem in den Böden gespeicherter Kohlenstoff freigesetzt, der als klimarelevantes Kohlendioxid die Atmosphäre belastet

Resistenzmanagement im Ackerbau

In nahezu allen Ackerbauregionen Deutschlands weitet sich die Resistenzproblematik im Ungrasbereich vorrangig bei Ackerfuchsschwanz und Windhalm aus. Vor allem deshalb spielt Glyphosat in den Getreideanbaugebieten als Betriebsmittel zum Resistenzmanagement eine wichtige Rolle. Es ist für die Behandlung resistenter Ungräser nahezu unersetzbar.

Mit Hilfe des Wirkstoffes werden im Nachernteverfahren die auflaufenden Ungräser bekämpft. Im Weiteren schließt sich dann eine Kombination aus Herbst- und Frühjahrsbehandlungen mit speziellen Herbiziden an. Besonders für schwer bekämpfbare, ausdauernde Unkrautarten sind derzeit keine anderen Wirkstoffe mit vergleichbarer Wirksamkeit und Umweltverträglichkeit verfügbar.

Ein Verzicht auf Glyphosat-haltige Pflanzenschutzmittel würde nicht nur die Ernteerträge senken, sondern hätte – durch eine verstärkte Notwendigkeit des Pflügens – auch erhebliche Auswirkungen auf die Bodenqualität, den Energieverbrauch und den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid.

Es ist deutlich zu beobachten, dass der Streit um den chemischen Pflanzenschutz – und dabei insbesondere Glyphosat – in einigen gesellschaftlichen Debatten die sachliche Ebene verlassen hat. Es geht dabei nicht mehr um überprüfbare Fakten sowie wissenschaftliche Bewertungen, z.B. um Grenzwerte und Studienergebnisse, sondern um die Verunglimpfung moderner Landwirtschaft insgesamt.

Schädlinge, Krankheiten und Unkräuter können die Erträge und die Qualität von Kulturpflanzen bzw. Erntegütern drastisch vermindern. Um dies zu verhindern, werden Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Bevor ein Pflanzenschutzmittel zugelassen werden kann, müssen umfangreiche und aufwändige Untersuchungen durchgeführt werden, die der europäische und nationale Gesetzgeber ständig neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen anpasst.

Chemischer und biologischer Pflanzenschutz sind ein zentrales Element unseres ganzheitlichen Ansatzes rund um die landwirtschaftliche Nutzpflanze. Verantwortungsvoll und gezielt eingesetzt, tragen sie erheblich dazu bei, dass Landwirte ihre Ernten sichern bzw. steigern können. Die Landwirtschaft steht immer vor der Herausforderung, Wirtschaftlichkeit, Tradition und Umweltschutz zu verbinden. Dies ist auch eine erhebliche Verantwortung für Politik, Zulassungsbehörden, Landwirte und die Industrie.

Die Landwirtschaft braucht verlässliche und zukunftsweisende agrarpolitische Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, die Produktivität in der Landwirtschaft weiter zu steigern und gleichzeitig ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Eine aus unserer Sicht gute Landwirtschaftspolitik fördert eine wirksame Vernetzung und den Austausch auf nationaler, regionaler und globaler Ebene. Sie fördert und ermöglicht Innovationen und nutzt wo immer möglich neue Dialoge, um bestehende Zielkonflikte zwischen landwirtschaftlicher Produktion und den Zielen des Umwelt- und Naturschutzes aufzulösen.

Monheim, 2. März 2018